

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 21. November 2017

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:26 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

bis NÖ 2

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

ab TOP 2

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Gigliotti, Gisella

Hofschuster, Thomas

Hoiß, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

bis NÖ 2

Koch, Reinhold Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

Olschowsky, Christian

Ostermeier, Maria

bis NÖ 2

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Schemel, Benjamin

Sengl, Manfred Dr.
Sippel, Dorothea
Stricker, Hans-Georg
Strobl-Viehhauser, Sonja
von Hagen, Michaela
Weber, Petra
Weiß, Ramona
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Unglert, Theresa

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

- | | | |
|-------|--|-----------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Aktuelle Viertelstunde | |
| TOP 3 | Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters | |
| TOP 4 | Saatkrähen | 2017/0571 |
| TOP 5 | Nutzung städtischer Sporteinrichtungen und vereinbarte Pachten [Antrag der UBP-Fraktion] | 2017/0549 |
| TOP 6 | Mitteilungen und Anfragen | |

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. In der Folge stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadträtin Unglert sowie Herr Heitmeir seien entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Einwände gegen die Tagesordnung sowie zu den Niederschriften der Ferienausschusssitzung vom 29.08.2017 und der Stadtratssitzung vom 26.09.2017 gab es nicht, so dass der Vorsitzende deren Genehmigung feststellte.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Aus der Bürgerschaft gab Herr Dr. Türkner eine Stellungnahme des Behinderten- und des Seniorenbeirates bezüglich des barrierefreien Ausbaus des Puchheimer Bahnhofs ab. Die von der Bahn geplante Erhaltung des Mittelbahnsteiges berücksichtige nicht die Bedürfnisse der mobileingeschränkten Fahrgäste. Daher sollten die ursprünglichen Pläne zum barrierefreien Ausbau durchgesetzt werden. Der Vorsitzende erläuterte, dass auch der Stadtrat diese Variante favorisiere. Da die Bahn keine Möglichkeit sehe, den Außenbahnsteig zu realisieren, habe man dem barrierefreien Ausbau des Mittelbahnsteigs zugestimmt. Eine Informationsveranstaltung zu dem Thema mit offener Diskussion sei geplant.

Aus der Bürgerschaft meldete sich die Bürgerinitiative „Puchheim-Bahnhof-Süd“ zur Saatkrähenproblematik zu Wort und bat die Stadträte dem Einsatz des Falkners auch in der Hauptkolonie und auf den Feldern vor der Stadt zu zustimmen.

Weiter erkundigte sich eine Bürgerin zum Thema bezüglich der Geothermie. Sie bat um Erklärung, was der Vorsitzende mit der Formulierung, das Kapital der Stadt Puchheim sei unendlich, gemeint habe, und wer im Falle eines durch die Geothermie verursachten Schadens hafte. Ihre Rechtschutz- und Gebäudeversicherung würden im Schadensfalle nicht eintreten. Ein Bürger kritisierte, dass die Bürger bezüglich der Geothermie nicht an der Stadtplanung beteiligt würden. Der Vorsitzende erläuterte, dass die Aussage zum Kapital symbolisch gemeint gewesen sei. Die Äußerung sei in Hinblick auf die Höhe des Haftungspotentials im Falle eines Schadenseintrittes gefallen, und habe sich darauf bezogen, dass eine Kommune im Gegensatz zu einer Gesellschaft oder Privaten nicht insolvent werden könne. Es sei zu dem Thema Geothermie eine Infoveranstaltung geplant, bei der dann fachkundige Aussagen durch Experten zu allen Fragen getroffen werden könnten und ein breiter Dialog mit den Bürgern eröffnet werde.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Bezüglich des CSU- Antrags zum Einbau von Vorrangschaltungen für die Lichtsignalanlagen in der Adenauerstraße, Lochhauserstraße sowie in der Lagerstraße führte der Vorsitzende aus, dass nach einer Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten durch die Firma Siemens eine wirtschaftlich sinnvolle Umrüstung nicht möglich sei, weswegen auf den Einsatz von Vorrangschaltungen verzichtet werde.

TOP 4 Saatkrähen

Der Vorsitzende übergab das Wort an Frau Dufner zur Skizzierung der Ergebnisse des Runden Tisches zu den Maßnahmen zur Kontrolle der Puchheimer Saatkrähenbrutkolonie. Frau Dufner führte aus, dass in der Stadtratssitzung vom 25.07.2017 einstimmig beschlossen worden sei, einen Bewilligungsantrag bei der Höheren Naturschutzbehörde für das Entfernen von Nestern im Herbst, den Einsatz von BirdGards in den Randbereichen und im Sprengerinwäldchen, das Entfernen von Eiern aus den Nestern der Hauptkolonie und der Einsatz von Greifvögeln zur Auflösung und Verhinderung konflikträchtiger Splitterbereiche, zu stellen. Diese Maßnahmen seien zwischenzeitlich genehmigt worden. Auf Veranlassung der Bürgerinitiative Puchheim-Bahnhof-Süd sei am 18.10.2017 ein Runder Tisch mit Vertreter der Höheren Naturschutzbehörde einberufen worden, bei dem die Bürgerinitiative ihre Bedenken gegenüber den von der Stadt geplanten Maßnahmen vorbringen konnte und die von ihnen favorisierten Maßnahmen zur Vergrämung der Hauptkolonie diskutiert worden. Die Bürgerinitiative befürworte das Töten von mehreren Vögeln in den Splitterkolonien sowie der Hauptkolonie. Von Seiten der Höheren Naturschutzbehörde seien die Chancen für die Erteilung einer entsprechenden Genehmigung als sehr gering eingestuft worden. Aufgrund der dichten Besiedelung und der Nähe der angrenzenden Nachbargemeinden wolle die Regierung von Oberbayern ein kommunales Ping-Pong-Spiel vermeiden. Der Falkner könne pro Jahr maximal 200 Tiere töten. Möglicherweise könnten Falken zusätzlich als Ergänzung zu den BirdGards in den Randbereichen der Hauptkolonie eingesetzt werden. Ob diese beiden Maßnahmen tatsächlich bewilligt werden würden, bliebe abzuwarten. Die Bedenken der Anwohner gegen die BirdGards konnten im Gespräch ausgeräumt werden. Der Vorsitzende führte aus, dass der Antrag auf eine Genehmigung zur Tötung der Saatkrähen durch den Einsatz von Greifvögeln mit dem Ziel, die Brutkolonie am derzeitigen Standort aufzulösen und zu verlagern, auch trotz der geringen Erfolgsaussichten gestellt werde, da das Problem nicht mehr durch die Stadt Puchheim, sondern durch die Regierung von Oberbayern und die Höhere Naturschutzbehörde bewältigt werden müsse. Stadtrat Dr. Sengl befürwortet die getrennte Abstimmung der beiden Beschlusspunkte, die Maßnahmen zur Reduktion durch Falken seien vorstellbar. Eine totale Vertreibung müsse in gewissenhafter Vorbereitung beantragt werden. Der Vorsitzende erläuterte, dass ein Vertreibungsspiel mit anderen Kommunen nicht angestrebt sei, sondern dass ein Konzept entwickelt werden müsse, die Auflösung der Haupt- und Nebenkolonien zu erreichen. Stadträtin von Hagen erkundigte sich, ob die Krähen durch Ansiedelung biologischer Feinde vergrämt werden könnten. Frau Dufner erklärte, dass die natürlichen Feinde der Saatkrähen im Stadtgebiet nicht angesiedelt werden könn-

ten. Stadträtin Kamleitner wertete den zweiten Beschlussfassungspunkt als wichtiges Signal gegenüber der Höheren Naturschutzbehörde.

Beschluss

I. Die Verwaltung beantragt bei der Höheren Naturschutzbehörde, ergänzend zum bestehenden Bewilligungsantrag, die Genehmigung für den Einsatz von Greifvögeln zur Reduktion der Individuenzahl und zur Unterstützung der BirdGards in der Hauptkolonie, um dort steuernd einzugreifen.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

II. Darüber hinaus wird eine Genehmigung zum Einsatz von Greifvögeln mit dem Ziel, die Brutkolonie am derzeitigen Standort aufzulösen und zu verlagern, beantragt.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 4 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 5 Nutzung städtischer Sporteinrichtungen und vereinbarte Pachten [Antrag der UBP-Fraktion]

Stadtrat Dr. Koch erläuterte den Antrag der ubp-Fraktion. Die hohen Sanierungskosten der Großkaliberschießanlage im Sportzentrum Puchheim von 450.000 €, führten zu der Frage, wie die Schießanlage ausgelastet sei und ob die Preise für die Schießanlage angemessen wären. Frau Bense führte in die Tischvorlage ein, nach der die Verwaltung einen Bericht über die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen durch die Vereine erstellt habe. Eine Anpassung der Pachtverträge entsprechend der tatsächlichen Aufwendungen im Sportzentrum sei umsetzbar, würde die Pachten für die Vereine jedoch immens in die Höhe treiben. Problematisch sei bezüglich der Auslastungen vor allem, dass die Anlage tagsüber nicht genutzt werde. Eine Aufrüstung der Anlage für die Anforderungen von 1.500 – 1.700 Joule von Polizei- und Militärschützen, die die Anlage vormittags nutzen könnten, würde die Kosten für die Sanierung um ca. 20.000 € in die Höhe treiben. Stadtrat Stricker erkundigte sich, wie hoch die erlaubten Geschossenergien derzeit seien. Der Vorsitzende antwortete, dies seien derzeit 1000 Joule. Stadtrat Leone bemerkte, dass es zwingend erforderlich sei über die Pachten zu reden, da die Kosten-Nutzenverhältnisse der Anlage fragwürdig seien. Es handle sich beim Schießsport um einen exklusiven kostenintensiven Sport, dessen Infrastruktur nicht allein über Steuergelder finanziert werden dürfe, diese müssten sinnvoll verwendet werden. Stadtrat Hoiß erkundigte sich, wie lange die Anlage noch in Betrieb bleiben dürfe und ob für die Sanierung ein schriftlicher Antrag zur Verschiebung im Haushalt um ein Jahr gestellt werden müsse.

Frau Bense erläuterte, dass derzeit eine Duldung bestehe, da ein Sanierungsbeschluss gefasst wurde. Ein zeitiger Beginn der Sanierungsarbeiten sei wünschenswert. Der Vorsitzende erläuterte, dass

die Planungen konkret laufen und die Sanierung für das Frühjahr geplant sei, so dass ein Antrag nicht erforderlich sei. Stadtrat Dr. Sengl bekräftigte die Einschätzung seiner Fraktion, dass es sich bei der Sanierung der Großkaliberschießanlage um ein überteuertes Projekt für zu wenig Nutzer handle. Für die Investition hätte ein komplettes, neues Vereinshaus errichtet werden können, das wesentlich mehr Nutzern zu Gute gekommen wäre. Stadtrat Hofschuster erwiderte, dass sich eine Stadt mit der Größenordnung Puchheims ein breites Sportangebot leisten können müsse. Die hohen Kosten der Sanierung im Vergleich zu einer geringen Auslastung waren zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bekannt. Dem Antrag könne aber zugestimmt werden, soweit ein angemessenes Entgelt erhoben werde. Es solle nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Bau- und Sanierungskosten auf die Nutzer übergelegt werden sollen. Stadträtin Strobl-Viehauser kritisierte die Reihenfolge des Vorgehens. Über eine Sanierung hätte erst abgestimmt werden dürfen nachdem die Nutzung der städtischen Sporteinrichtung erkundet worden sei. Sie habe die Sanierungsinvestition nicht für sinnvoll befunden und stimme daher gegen die Beschlussvorlage. Stadtrat Dr. Koch bemängelte, dass nur ein Bericht über die Nutzung der Großkaliberschießanlage und nicht über andere Sporteinrichtungen vorgelegt worden sei. Dies hätte man in der Kürze der Zeit nicht erwartet, er sei aber notwendig. Zudem sei nicht abgeklärt worden, ob seitens professioneller Schützen überhaupt eine Nachfrage bestünde. Weiter müsse überlegt werden, was als angemessenes Entgelt zu deklarieren wäre. Stadträtin Wiesner betonte, dass der Schießsport ein ernstzunehmender Sport sei, bei dem von den Schützen größte Konzentration gefragt sei. Die Pachten seien aufgrund der Sportförderungsvergaben bekannt und regelmäßig erhöht worden. Das Gebäude der Anlage sei nicht anders zu verwerten und eine mögliche Auslastung der Anlage durch Berufsschützen, insbesondere vormittags, sei höchst fraglich. Der Vorsitzende fasste zusammen, dass die Grundsatzentscheidung zur Sanierung bereits getroffen worden sei. Der Antrag sei so verstanden worden, dass er sich vor allem auf die Großkaliberschießanlage im Sportzentrum beziehe. Die Anlage würde sich bei der Höhe der Sanierungskosten auch bei einer höheren Auslastung nicht rentieren, daher sei die Diskussion gerechtfertigt. Ob eine Aufrüstung der Anlage auf die Anforderungen von 1.500 – 1.700 Joule von Polizei- und Militärschützen wirtschaftlich sinnvoll sei, müsse noch geklärt werden und eine Erklärung werde schriftlich nachgereicht. Stadträtin Eger erwiderte, dass die Polizei- und Militärbeamte durchaus vormittags schießen würden. Stadtrat Leone bat darum, den Stadtrat über den Verlauf der Gesprächsbemühungen bezüglich einer besseren Auslastung zu informieren.

Beschluss

- I. Die Verwaltung legt einen Bericht über die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen durch die Vereine (Aufwendungen, Pachtverträge, Nutzer, Einnahmen) vor.
- II. Die Verwaltung bemüht sich um eine bessere Auslastung der Großkaliberschießanlage im Sportzentrum Puchheim durch professionelle Schützen aus Polizei, Sicherheitsdiensten und Jagdverbänden. Für die Nutzung wird ein angemessenes Entgelt erhoben.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 2 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 6 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt.

Er nahm Bezug auf die Bürgerversammlung, in der ein Antrag auf Befassung mit der Parkplatzsituation in der EIWO-Siedlung in der Stadtratssitzung gestellt werden sollte, allerdings aufgrund eines Missverständnisses nicht gestellt wurde. Daher werde die Thematik bei der nächsten PUA Sitzung in Zusammenhang mit dem Verkehrsgutachten aufgenommen werden.

Stadtrat Dr. Sengl verwies auf eine Infoveranstaltung zur Geothermie und den aufgetretenen Erdbeben in der Gemeinde Poing am 24.11.2017.

Stadtrat Pürkner informierte darüber, dass nach der Rechtsprechung ein Anspruch der Betroffenen bestehe, Beweissicherungsverfahren im Vorfeld durchzuführen. Den zunehmenden Ängsten in der Bevölkerung bezüglich der Geothermiebohrungen sei damit entgegenzuwirken. Der Vorsitzende bedankte sich für die Expertise und ergänzte, dass Beweissicherungsverfahren auch seitens der Bohrfirmen geplant seien. Er verstehe die Angst der Bürger vor möglichen Schäden, da bei einigen nicht stabilen Gebäuden Schäden durch ein Beben nicht ausgeschlossen werden können. Daher sei entsprechenden Regularien nachzugehen. Stadtrat Pürkner mahnte, dass die Politik nicht an Problemfällen ausgerichtet werden könne, diese seien nämlich mit einer entsprechenden Beweissicherung in Griff zu bekommen.

Stadtrat Dr. Koch erkundigte sich wann und wo Ende November in Aubing die Veranstaltung des Planungsreferat Münchens zur Verkehrsplanung stattfinden würde. Der Vorsitzende sicherte zu, hier beim Planungsreferat nachzufragen.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Stadtrates um 20:26 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Katharina Bock

Erster Bürgermeister

